

Anhang
zum Jahresabschluss
zum 31.12.2010

Landschaftsverband Rheinland



Qualität für Menschen

I. Allgemeine Angaben

Der Landschaftsverband Rheinland erfasst seit dem 01.01.2007 seine Geschäftsvorfälle ausnahmslos nach dem System der doppelten Buchführung.

Gemäß § 95 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen.

Die Aufstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses (Stichtag 31.12.2010) erfolgt gem. § 95 Abs. 3 Satz 2 GO NRW zum 31. März 2011.

Der vorliegende Entwurf des Jahresabschlusses wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften der GO NRW und der GemHVO NRW aufgestellt.

Mittel der Ausgleichsabgabe

Die Mittel der Ausgleichsabgabe berühren zwar den Haushalt des LVR, sie sind jedoch separat und ausgeglichen darzustellen. In der Bilanz stehen daher den Vermögenswerten der Ausgleichsabgabe (Betriebs- und Geschäftsausstattung, Wertpapiere des Anlagevermögens, Ausleihungen, Vorräte, sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände, liquide Mittel sowie aktive Rechnungsabgrenzungsposten) Finanzierungspositionen (sonstige Sonderposten, Verbindlichkeiten aus Transferleistungen und sonstige Verbindlichkeiten) in gleicher Höhe gegenüber. Zur Erhöhung der Transparenz sind die entsprechenden Positionen mit „davon“- Vermerken ausgewiesen.

Das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch der Ausgleichsabgabe werden in der Produktgruppe 041 abgebildet. Im Geschäftsjahr ergab sich ein Überschuss in Höhe von 2,6 Mio. € (2009: 26,6 Mio. €). Dieser Überschuss wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 den sonstigen Sonderposten zugeführt. Hierdurch ist gewährleistet, dass die Ausgleichsabgabe separat und ausgeglichen dargestellt wird.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gemäß § 44 Abs. 1 GemHVO NRW sind im Anhang zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Posten beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Zu erläutern sind auch die im Verbindlichkeitspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Einzelnen bei den Erläuterungen der Bilanzposten dargestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung, die in den Regelungstexten der GO NRW sowie der GemHVO NRW enthalten sind.

Die Bewertung der einzelnen Vermögens- und Schuldenposten erfolgte unter Beachtung dieser Grundsätze, insbesondere der allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 32 GemHVO NRW.

Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet.

Die Abschreibungen auf das abnutzbare Anlagevermögen werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes bemessen und linear vorgenommen.

Sie betragen 20,0 Mio. € (2009: 19,8 Mio. €) und sind in der Ergebnisrechnung mit in der Zeile „Bilanzielle Abschreibungen“ ausgewiesen.

Die Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie der Abschreibungen ergibt sich aus dem Anlagenspiegel (Anlage 5).

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) werden grundsätzlich im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben (§ 33 Abs. 4 GemHVO NRW).

Die Bewertung der Vorräte erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert angesetzt.

Das Bewertungsverfahren zur Ermittlung der Wertberichtigung der Forderungen wurde für den Jahresabschluss 2010 geändert. Die in den Vorjahren gebildete pauschale Wertberichtigung wurde vollständig aufgelöst. Erstmals wurde eine Bewertung der Forderungen anhand der im System hinterlegten Mahnbereiche und Mahnsperren vorgenommen. Hierbei wurde im ersten Schritt je nach Erfahrungswert zur Realisierbarkeit von Forderungen mit bestimmten Mahnbereichen Gruppen gebildet, auf die dann im zweiten Schritt noch mal je nach Mahnsperre eine Einzelwertberichtigung vollzogen wurde. Dieses Vorgehen wurde insgesamt auf einzelnen Produktgruppen wiederholt, um so ein differenziertes Wertberichtigungsgefüge zu erhalten.

Die liquiden Mittel wurden zum Nennwert ausgewiesen.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Der Ansatz erfolgte mit dem Nennwert.

Die Sonderposten beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertig gestellte Vermögensgegenstände, für Anlagen im Bau sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Sie sind mit dem Nennbetrag passiviert.

Die Rückstellungen wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen, die bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses bekannt geworden sind und bereits an diesem Tag vorlagen, gebildet.

Auf die Abzinsung der Altersteilzeitrückstellung wurde im Jahresabschluss 2010 erstmalig verzichtet. Dies führt zu einer ergebnisrelevanten Steigerung der Rückstellung in Höhe von 1,9 Mio. €

Die gesetzliche Grundlage für die Vorgehensweise ergibt sich sowohl aus § 88 GO NRW sowie aus den Erläuterungen zu § 36 GemHVO NRW.

""Eine Abzinsung ist bei auch Rückstellungen für Altersteilzeit nicht zulässig, denn die Ansprüche einer Beamtin oder eines Beamten nach dem Altersteilzeitmodell stellen keine von der Gemeinde zu erbringenden abzinsbaren Versorgungsleistungen dar.""

Der Ansatz der Verbindlichkeiten entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Stichtag der Erstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses nicht vorhanden.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Der Ansatz erfolgte mit dem Nennwert.

III. Erläuterungen zum Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2010

A. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2010 weist einen Fehlbetrag in Höhe von 26.708.536,52 € aus (2009: Fehlbetrag in Höhe von 50.821.815,43 €).

Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit weist einen Fehlbetrag in Höhe von 24.739.590,35 € aus (2009: Überschuss von 68.215.436,89 €) und das Finanzergebnis einen Überschuss in Höhe von 6.416.428,41 € (2009: 7.862.747,68 € Überschuss). Somit ergibt sich für das ordentliche Ergebnis in 2010 ein Fehlbetrag in Höhe von 18.323.161,94 € (2009: 76.078.184,57 € Überschuss).

Darüber hinaus waren im Haushaltsjahr 2010 außerordentliche Vorgänge zu erfassen. Gemäß § 2 GemHVO NRW werden im außerordentlichen Ergebnis solche Vorgänge erfasst, die ungewöhnlich in der Art, selten im Vorkommen und von einiger materieller Bedeutung sind. Es wird angezeigt, inwieweit Vorgänge von wesentlicher Bedeutung im Haushaltsjahr aufgetreten sind und in welchem Umfang diese das Jahresergebnis beeinflussen.

Im Geschäftsjahr werden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 8.385.374,58 € (2009: 126.900.000,00 €) ausgewiesen, die ausschließlich der Restrukturierung der WestLB geschuldet sind.

Unter Berücksichtigung der Auflagen der EU-Kommission im Beihilfeverfahren zur WestLB AG, ist kurzfristig mit einer Veräußerung von Teilen der WestLB AG an Dritte zu rechnen. In diesem Zusammenhang hat der Landschaftsverband Rheinland zur Vermeidung einer Inanspruchnahme aus der Wertgarantie bei der NRW.BANK, die unter anderem bei einer Veräußerung von WestLB AG Aktien an Dritte wirksam werden würde, beschlossen, von seinem Recht auf Ausübung der Direktbeteiligungsoption Gebrauch zu machen. Dieses Recht ermöglicht es dem Landschaftsverband Rheinland, seine Anteile an der NRW.BANK gegen eine Direktbeteiligung an der WestLB AG zu tauschen.

Dem wirtschaftlichen Risiko aus der möglichen Ausübung der Direktbeteiligungsoption wurde durch die Bildung von entsprechenden Drohverlustrückstellungen und Abschreibungen Rechnung getragen.

Außerordentliche Erträge fielen im Geschäftsjahr nicht an.

Die ordentlichen Erträge betragen im Geschäftsjahr 2.907 Mio. € (2009: 2.928 Mio. €).

Sie sind im Wesentlichen geprägt durch die Landschaftsumlage 2.023 Mio. € (2009: 2.086 Mio. €) sowie die Schlüsselzuweisungen 286 Mio. € (2009: 273 Mio. €). Die allgemeine Umlagequote beträgt 69,6 % (2009: 71,3 %), die Zuwendungsquote 11,3 % (2009: 10,8 %).

Finanzerträge werden 2010 in Höhe von 29,8 Mio. € (2009: 36 Mio. €) ausgewiesen.

Die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.932 Mio. € (2009: 2.860 Mio. €) werden im Wesentlichen durch die Transferaufwendungen 2.382 Mio. € (2009: 2.242 Mio. €) bestimmt.

Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 99,2 % (2009: 102,4 %).

Die Transferaufwandsquote beträgt 81,2 % (2009: 78,4 %).

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen werden 2010 in Höhe von 23,4 Mio. € (2009: 28 Mio. €) ausgewiesen.

B. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung bildet die **rechnerische** Veränderung der liquiden Mittel ab; die **tatsächliche** Veränderung ergibt sich aus der Bilanz. Die dort ausgewiesenen Guthaben und Verbindlichkeiten sind durch Saldenbestätigungen der Kreditinstitute lückenlos nachgewiesen.

Auch die Finanzrechnung 2010 beinhaltet Vorgänge, die entweder bereits in der SAP-Finanzrechnung 2009 oder aber schon in der SAP-Finanzrechnung 2011 technisch fortgeschrieben wurden, bzw. bei denen keine technische Fortschreibung erfolgte. Diese Vorgänge, sowie die für die Abrechnungskonten fortgeschriebenen Beträge, werden im Einzelnen in der manuellen Aufstellung der Finanzrechnung erläutert.

Zum 31.12.2010 liegt keine ungeklärte Differenz zwischen dem Saldo der Ein- und Auszahlungen in der SAP-Finanzrechnung und dem Gesamtsaldo der Veränderungen des Bestandes der Liquiden Mittel in der Bilanz vor. (2009: 1,2 Mio. € / 2008: 7,3 Mio. € / 2007: 34,8 Mio. €).

Auch 2010 erschwerte das extrem hohe Datenvolumen sowie technische Fehler des SAP-Programms Zahlungsabgrenzer bei der Belegfortschreibung aus dem SAP-Modul FI in das SAP-Modul PSM die Fehlerbearbeitung.

Im NKF-SAP-System P06 des LVR existiert eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Belegen. Begründet ist dies unter anderem durch die Art der Integration der Fachverfahren in das SAP-System. Es entstehen auf der P06 in der Gesamtsumme ca. 18 Mio. neue Belege pro Jahr.

Eine 2010 durchgeführte Vorstudie hat Lösungswege aufgezeigt, die die Anzahl der pro Jahr auf der P06 neu generierten Belege deutlich reduziert.

Die Vorstudie „Belegreduktion“ hat sich auf Anbindungsalternativen der Sozialverfahren an die NKF-Daten der P06 und hier insbesondere Anlei und Simba als größte Belegproduzenten konzentriert. Dazu wurden zu Beginn alle fachlichen Anforderungen der Dezernate 7 und 2, des Fachbereichs Rechnungsprüfung sowie von LVR-InfoKom zusammengetragen und priorisiert. Im nächsten Schritt fand der Abgleich der denkbaren technischen Lösungsansätze mit den Anforderungen statt. Daraus ergaben sich zwei vielversprechende Ansätze (eine Standardsoftware und eine Individualprogrammierung), die hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf angebundene technische Unterverfahren und die bisherige fachliche Arbeitsweise der Dezernate näher beleuchtet wurden. Für die endgültige Bewertung wurden deshalb Gesamtarbeitspakete ermittelt, die alle notwendigen Arbeiten sowohl für die Veränderung der Systemarchitektur zur Belegreduktion als auch für die vollständige Erhaltung der fachlichen Arbeitsfähigkeit in den Dezernaten umfassen.

Im Ergebnis empfiehlt die Vorstudie die Einführung und Nutzung des SAP-Moduls PSCD (Public Sector Collection and Disbursement) für die Anbindung der Sozialverfahren Anlei und Simba an das SAP-System P06. Die technische Architektur würde dahingehend geändert werden, dass die Daten aus den Sozialverfahren im ersten Schritt an PSCD übermittelt und von dort nur noch komprimiert an die Module FI, CO und PSM weitergereicht würden.

Dem IT-LA soll nunmehr ein Vorschlag für ein IT-Projekt „Einführung des Moduls PSCD auf dem SAP-System P06 für die Anbindung der Terminläufe der Sozialverfahren Anlei und Simba“ vorgelegt werden.

C. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzposten

AKTIVSEITE

Anlagevermögen

Die Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten aller Positionen des Anlagevermögens im Haushaltsjahr 2010 sowie die kumulierten Abschreibungen zum Stichtag 31.12.2010 sind aus dem Anlagenspiegel ersichtlich.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen zum größten Teil die Entwicklung und Implementierung der IT-Systemlandschaft für das gesamte NKF-Projekt durch die SAP Systems Integration AG und die LVR-InfoKom.

Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Nutzungsdauer wurde mit 4 Jahren angesetzt und 2010 mit über 2 Mio. EUR abgeschrieben.

Sachanlagen

Im Bereich der Sachanlagen sind die bebauten und unbebauten Grundstücke, die Bauten auf fremdem Grund und Boden, Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler, Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau dargestellt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr getätigte Beschaffungen und Investitionen wurden gem. § 33 GemHVO NRW zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Im Bereich der unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte (Erbbaurechte) gab es 2010 keine Anlagenbewegungen.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Buchwerte der fertiggestellten Gebäude sanken im Geschäftsjahr um 9,2 Mio. EUR auf rd. 603,5 Mio. EUR. Die jährlichen Abschreibungen und Anlagenabgänge (Verkauf der ehem. Gehörlosenschule Euskirchen) sind höher als die Summe der Zugänge bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Hierin enthalten sind insbesondere die musealen Bauten des Archäologischen Parks Xanten, wie das RömerMuseum, die Thermenüberdachung, die Herberge oder das Regionalmuseum sowie die LVR-Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Körperliche und motorische Entwicklung“ in Aachen.

2010 wurde ein weiteres größeres Bauvorhaben, das Schutzdach für das Bodendenkmal St. Antony in Oberhausen, aktiviert. Der Landschaftsverband Rheinland ist Eigentümer der auf diesem Grund und Boden stehenden Gebäude, jedoch nicht des Grund und Bodens.

Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

Die gegenüber dem Vorjahr erhöhten Buchwerte sind im Wesentlichen durch Anlagenkorrekturen für kulturhistorische Gegenstände des RömerMuseums in Xanten begründet.

Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Die wesentlichen Buchwertveränderungen zum Vorjahr resultieren aus einer LKW-Beschaffung für das LVR-Industriemuseum in Oberhausen sowie der Aktivierung der Kältezentrale in der Tiefgarage des LVR-Hauses (Betriebsvorrichtung).

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zu dieser Position gehören insbesondere alle Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten (Tische, Stühle, Regale, Schränke, Werkzeuge u. a.). Der Buchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. EUR.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

2010 wurden neue Anlagen im Bau in Höhe von 13,7 Mio. EUR geschaffen, deren betriebsbereiter Zustand noch nicht erreicht ist. Unter Berücksichtigung der 2010 fertiggestellten Investitionsmaßnahmen und Anlagenabgänge erhöht sich der Buchwert aller Anlagen im Bau um rd. 7,5 Mio. EUR auf rd. 27,1 Mio. EUR.

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens

Die Entwicklung des immateriellen und Sachanlagevermögens lässt sich mit der maschinellen Anlagenbuchhaltung SAP-FIAA abstimmen und ist aus dem beigefügten Anlagenspiegel, der Bestandteil des Anhangs ist, ersichtlich.

Die Restbuchwerte stimmen mit den betreffenden Konten der Finanzbuchhaltung überein. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer lehnt sich an das NKF-Gesetz und die amtliche AfA-Tabelle des BMF an.

Finanzanlagen

Für die unter den Bilanzposten 1.3.1 bis 1.3.3 erfassten „Beteiligungen“ erfolgte zum 31.12.2010 grundsätzlich eine Fortschreibung der in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 bilanzierten Beteiligungsbuchwerte.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte zum Substanzwert gemäß § 55 Abs. 6 S. 3 GemHVO NRW. Wegen der nachgeordneten Bedeutung für den Jahresabschluss wurde aus Vereinfachungsgründen jeweils der anteilige Wert des Eigenkapitals herangezogen.

Die Beteiligungen sind entsprechend ihrer Zwecksetzung gemäß § 55 Abs. 6 S. 3 GemHVO NRW entweder mit dem Ertragswert oder dem Substanzwert bewertet worden. Bei der Anwendung des Ertragswertverfahrens sind Sicherheitsabschläge nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung vorgenommen worden. Vereinfachend ist grundsätzlich der anteilige Wert des Eigenkapitals berücksichtigt worden, entweder damit die tatsächliche Vermögenslage zutreffender abgebildet werden kann oder wegen der nachgeordneten Bedeutung für den Jahresabschluss.

Die Sondervermögen wurden gem. § 55 Abs. 6 S. 2 GemHVO NRW mit dem im jeweiligen Einzelabschluss des Sondervermögens ausgewiesenen anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt (Eigenkapital-Spiegelbildmethode).

Die Bewertung der marktgehandelten Anteile erfolgte mit dem beizulegenden Wert gemäß § 55 Abs. 7 GemHVO NRW. Soweit diese einer einschränkenden Verpflichtung (z. B. eingeschränkte Veräußerbarkeit) unterliegen, ist ein Sicherheitsabschlag nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung vorgenommen worden. Soweit kein Marktpreis vorlag, wurden Wertpapiere zu historischen Anschaffungskosten oder mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt. Soweit dieser Ansatz nicht zu einer zutreffenden Abbildung der tatsächlichen Vermögenslage führte, sind die Anteile unter Beachtung des Vorsichtsprinzips mit dem Ertragswert angesetzt worden.

Etwaige Abweichungen zu den in der Eröffnungsbilanz bilanzierten Beteiligungsbuchwerten sind den folgenden Ausführungen zu entnehmen.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen wurden die privatrechtlichen Unternehmen ausgewiesen, an denen der Landschaftsverband Rheinland mehrheitlich beteiligt ist. Hierzu gehören die Rheinische Beamtenbaugesellschaft mbH und die Rheinlandkultur GmbH.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden gegenüber dem Bilanzstichtag 31.12.2009, mit Ausnahme der Rheinland Beteiligungsgesellschaft mbH, unverändert fortgeführt. Mit Wegfall des Geschäftszwecks der Rheinland Beteiligungsgesellschaft mbH wurde diese liquidiert und nach Löschung im Handelsregister erfolgte eine Ausbuchung des Beteiligungsbuchwerts.

Beteiligungen

Als Beteiligungen werden die Gewährträgerschaften an Anstalten des öffentlichen Rechts sowie an privatrechtlichen Unternehmen ausgewiesen, die der Landschaftsverband Rheinland mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Haltedauer einzugehen. Hierzu gehören die NRW.Bank AöR, die Provinzial Rheinland Holding AöR, die Haus Freudenberg gGmbH, die Tagesklinik Alteburger Straße GmbH, die Erste Abwicklungsanstalt EAA, die Klinikum Oberberg GmbH, die Vogelsang ip gGmbH sowie die Energeticon gemeinnützige GmbH.

Die Beteiligung an der Ersten Abwicklungsanstalt EAA wurde auf Basis eines Stammkapitals von 100.000 € und einer Haftungsverpflichtung des LVR von 6,09 % erstmalig 2009 in Höhe von 6.093 € bilanziert.

Zwischenzeitlich hat sich das Stammkapital im Rahmen diverser Übertragungen von Vermögensgegenständen der WestLB AG bzw. der Westdeutschen Immobilienbank auf die EAA, auf insgesamt 500.000,00 erhöht. Darüber hinaus haben sich die Haftungsverpflichtungen des LVR mit Inkrafttreten des Wfa-Gesetzes zum 01.01.2010 auf 0,87% reduziert. Unter Berücksichtigung beider Sachverhalte beläuft sich der Anteil des LVR am Stammkapital der EAA damit auf 4.334,65 € und machte eine entsprechende Korrektur des Buchwertes um 1.759,23 € erforderlich.

Die Beteiligung an der Energeticon gemeinnützige GmbH erfolgte im Rahmen des LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe. Nach Gründung der Gesellschaft zum 01.10.2010 wurde die Beteiligung in Höhe von 13.000,- € erstmalig bilanziert.

Sondervermögen

Zu den Sondervermögen gehören die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR-Kliniken, LVR-Netze Heilpädagogische Hilfen, LVR InfoKom, Krankenhauszentralwäschereien, LVR-Jugendhilfe Rheinland und bis zum 31.12.2010 der Servicebetrieb Viersen).

Wertpapiere des Anlagevermögens

Unter den Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anteile an privatrechtlichen Unternehmen und langfristige Schuldverschreibungen ausgewiesen, soweit nicht ein Ausweis unter den Bilanzposten 1.3.1 bzw. 1.3.2 zu erfolgen hat.

Zu den Anteilen an privatrechtlichen Unternehmen gehören die WestLB AG, die RW Holding AG, die Vka GmbH, die RWE AG sowie Fondsanteile des kommunalen Versorgungsrücklagen-Fonds.

Zu den Wertpapieren zählen auch Anleihen, Pfandbriefe, Obligationen und Schuldverschreibungen, die länger als ein Jahr gehalten werden sollen. Der Bestand des Ausgleichsabgabefonds ist mit einem Teilbetrag in Höhe von 105,3 Mio. € (2009: 45 Mio. €) in Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von drei Jahren angelegt und daher hier ausgewiesen.

Aufgrund der vor der Einführung des NKF bestehenden Verpflichtung der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Bildung einer Sonderrücklage nach dem Gesetz zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EFoG) weist der LVR in seiner Bilanz zum 31.12.2010 unter der Position "Wertpapiere des Anlagevermögens" einen Wert in Höhe von 19,9 Mio. € (2009: 15,3 Mio. €) aus.

Mit Erlass vom 01.02.2005 empfiehlt das IM NRW den Gemeinden und Gemeindeverbänden, mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement die bisher zur Sicherung der Versorgungsaufwendungen angesammelten Mittel weiterhin als Finanzanlagen anzulegen. Der LVR hat sich auf der Grundlage dieser Empfehlung dazu entschlossen, den Fonds fortzuführen und diesem - zwecks Aufbau eines Kapitalstocks zur Finanzierung künftiger Pensionszahlungen - jährlich Mittel zuzuführen. Im Haushaltsjahr 2010 ist dem Fonds ein Betrag in Höhe von 4,6 Mio. € zugeführt worden.

Ausleihungen

Unter den Ausleihungen an Sondervermögen werden Gegenstände des abnutzbaren Anlagevermögens ausgewiesen, die an die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland langfristig übertragen werden und die einer Zweckbindung unterliegen. Die Vermögensgegenstände werden in den Einrichtungen aktiviert. Zugleich wird dort ein Sonderposten passiviert.

Bei den Zugängen des Bilanzpostens Ausleihungen an Sondervermögen handelt es sich um Investitionszuschüsse des Landschaftsverbandes Rheinland, die der Finanzierung von Sachanlagevermögen in den Sondervermögen dienen.

Der Ansatz der Ausleihungen im Jahresabschluss erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, die auf die Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände in den Einrichtungen abstellen.

Da die Abschlüsse der Sondervermögen zum 31.12.2010 noch nicht vorlagen, wurde der Aufwand für Abschreibungen auf der Grundlage der Abschlüsse zum 31.12.2009 gebucht. Die endgültigen Abschreibungsbeträge werden mit Vorlage der entsprechenden Abschlüsse im laufenden Jahr 2011 korrigiert.

Unter den sonstigen Ausleihungen sind langfristige Darlehen des Landschaftsverbandes Rheinland bilanziert, die dieser im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung vergibt.

Im Einzelnen handelt es sich um

- Hypothekendarlehen
- Darlehen an Einrichtungen der Gesundheitspflege
- Darlehen an caritative Vereine und Verbände
- Darlehen für Einrichtungen der Jugendfürsorge
- Darlehen an vollstationäre Pflegeeinrichtungen
- Darlehen der Hauptfürsorgestelle.

Die Ausleihungen werden mit dem tatsächlichen Restkapital zum Bilanzstichtag 31.12.2010 dargestellt (Nominalwert). In Einzelfällen waren die Darlehen mangels einer Gegenleistungsverpflichtung abzuzinsen.

Stiftungen

Neu zu bilanzierende Stiftungen sind in 2010 nicht gegründet worden. Somit bleibt die Höhe des Bilanzansatzes von 204,7 Mio. € aus 2009 zum 31.12.2010 unverändert. Vor dem Hintergrund der Verwendungsbeschränkung des Stiftungsvermögens wurde auch zum 31.12.2010 im Eigenkapital des Landschaftsverbandes Rheinland eine Sonderrücklage in Höhe des aktivierten Wertansatzes der Stiftungen passiviert.

Umlaufvermögen

Vorräte

Erfasst sind die Vorräte im Bereich der Integration, der Schreinerei, des Materiallagers und der Kantine der Zentralverwaltung sowie Heizölbestände. Daneben gibt es auch bei einigen Museen Vorratsvermögen.

Die Bewertung des Vorratsvermögens erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Eine Gesamtübersicht der Forderungen einschließlich der Restlaufzeiten ist dem Forderungsspiegel (Anlage 6) zu entnehmen.

Zum Stichtag 31.12.2010 wurde von allen Debitorenkonten der Saldo aus offenen Debitorenrechnungen und Debitorengutschriften ermittelt. Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt. Eventuell erfolgte Teilzahlungen wurden berücksichtigt.

Für die Auswertung der entsprechenden Abstimmkonten konnte erstmalig der Report ZTFI_SAKO_SPIEGEL (Forderungs-/Verbindlichkeitsspiegel) genutzt werden.

Durch die Einführung des SAP-Geschäftspartners mit nur einem Abstimmkonto ist die direkte Auswertung über ein Abstimmkonto nicht mehr gegeben.

Vorherige Auswertungen der Nebenbücher waren sehr zeitaufwendig und dadurch kostenintensiv, da für die Auswertung erst alle Debitorenkonten aufgerufen werden mussten, um dann durch Anpassung der Layouts die jeweiligen Gegenkonten der Rechnungen zu ermitteln.

Besonders problematisch waren hier Teilzahlungen, da diese nur durch den Rechnungsbezug einer Rechnung zugeordnet waren. Dieser Rechnungsbezug ging durch notwendige Filterungen verloren.

Der neue Report wertet SAP Datenbanken aus (BSIS und BSAS) und summiert die Rechnungen unter Berücksichtigung eventueller Teilzahlungen auf das jeweilige Ertragskonto der Rechnung.

Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Hierbei handelt es sich insbesondere um Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 163,5 Mio. € (2009: 165,2 Mio. €), sowie sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Höhe von 86,0 Mio. € (2009: 103,9 Mio. €).

Privatrechtliche Forderungen

Forderungen aus der Verrechnung mit den Sondervermögen werden in Höhe von 21,2 Mio. € (2009: 18,5 Mio. €) bilanziert.

Sonstige Vermögensgegenstände

Im Wesentlichen handelt es sich um Forderungen der Ausgleichsabgabe in Höhe von 68,5 Mio. € (2009: 74 Mio. €), die mit der Bilanzposition „Verbindlichkeiten aus Transferleistungen“ korrespondieren.

Wertpapiere des Umlaufvermögens

Hier sind alle Wertpapiere nachzuweisen, die nur zur kurzfristigen Liquiditätssicherung gehalten werden.

Kurzfristige Wertpapieren mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr werden in Höhe von 51,4 Mio. € (2009: 100,0 Mio. €) ausgewiesen.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens der Ausgleichsabgabe weisen zum 31.12.2010, wie im Vorjahr, keinen Bestand aus.

Liquide Mittel

Als liquide Mittel wurden Kassenbestände, Handvorschüsse sowie Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 278,1 Mio. € (2009: 329,1 Mio. €) bilanziert. Die Bestände sind über Saldenbestätigungen beziehungsweise Kontoauszüge nachgewiesen.

Aus dem Bestand des Ausgleichsabgabefonds ist ein Teilbetrag von 39,4 Mio. € (2009: 95,9 Mio. €) in kurzfristigen Termingeldern angelegt.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Hier erfolgte die Auszahlung bereits im Jahr 2010, der Aufwand ist jedoch dem Haushaltsjahr 2011 zuzuordnen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten in Höhe von 2,5 Mio. € (2009: 2,4 Mio. €) die Beamtenbesoldung für den Januar 2011, die im Dezember 2010 ausgezahlt wurde und Leistungen der Gehörlosenhilfe/Blindengeld GHBG sowie Kriegspferfürsorge PROSOZ in Höhe von insgesamt 9,2 Mio. € (2009: 8,4 Mio. €).

Ebenfalls aktivisch abgegrenzt sind in Höhe von 6,9 Mio. € (2009: 6,4 Mio. €) die Zuschusszahlungen für Investitionen Dritter des Integrationsamtes, die eine mehrjährige Gegenleistungs- bzw. Rückzahlungsverpflichtung beinhalten.

Die Notwendigkeit darüber hinaus erforderlicher aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde individuell durch die Finanzbuchhaltung (stellvertretend für alle Fachbereiche) aufgrund in der Buchhaltung mitgegebener Parameter beurteilt.

Im Zuge dieser Beurteilung wurde sowohl über den jeweiligen Sachverhalt als auch über die Wesentlichkeit (und damit Erfordernis der Buchung) befunden.

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde (bis auf weiteres) auf mindestens 1 % des Jahresumsatzes (des jeweils betroffenen Fachbereiches) festgeschrieben.

PASSIVSEITE

Eigenkapital

Allgemeine Rücklage

Als Allgemeine Rücklage wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen des Landschaftsverbandes Rheinland (= Aktiva) und der Ausgleichsrücklage, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten sowie den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 erfolgten erfolgsneutrale Berichtigungsbuchungen zur Eröffnungsbilanz durch unmittelbare Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage (§ 57 Abs. 2 GemHVO NRW). Diese führen saldiert zu einem Zugang in Höhe von 1,9 Mio. €. Hiervon entfällt ein Drittel auf die Ausgleichsrücklage.

Übertragene Aufwandsermächtigungen in Höhe von 14.101.128,71 € (2009: 26,2 Mio. €) sind gem. § 43 Abs. 3 i. V. m. § 22 GemHVO NRW in die zweckgebundene Deckungsrücklage eingestellt worden. In der Bilanz erfolgt der Ausweis in Form eines „davon“ - Vermerks zur allgemeinen Rücklage.

Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage wurde in der Eröffnungsbilanz in Höhe eines Drittels des Eigenkapitals gebildet.

Die Landschaftsversammlung Rheinland hat am 10. Dezember 2010 einstimmig den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 des Landschaftsverbandes Rheinland gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW festgestellt und beschlossen, den im Haushaltsjahr 2009 entstandenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 50.821.815,43 € gemäß den Vorgaben des § 75 Abs. 2 GO NRW durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu decken.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Im Geschäftsjahr wird ein Fehlbetrag in Höhe von 26.708.536,52 € (2009: Fehlbetrag in Höhe von 50.821.815,43 €) ausgewiesen.

Sonderposten

In einem Sonderposten werden Beträge in der Bilanz ausgewiesen, die der Landschaftsverband Rheinland für einen festgelegten Verwendungszweck (z. B. Erstellung oder Erwerb eines Anlagegutes) von Dritten erhalten hat. Dieser Sonderposten stellt einen Zwitterposten zwischen Eigen- und Fremdkapital dar.

Sonderposten werden entsprechend der Nutzungsdauer des durch die Zuwendung finanzierten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst.

Hieraus resultieren im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von 3,4 Mio. € (2009: 3,4 Mio. €). Die noch nicht verwendeten investiven Zuwendungen in Höhe von 43,3 Mio. € (2009: 53,9 Mio. €) werden unter den "Sonstigen Verbindlichkeiten" ausgewiesen.

Hiervon entfallen rund 25 Mio. EUR auf die Zuwendungen im Rahmen des so genannten Konjunkturprogramms II.

Bei den ausgewiesenen Sonderposten in Höhe von 152,3 Mio. € (2009: 147,3 Mio. €) für Zuwendungen handelt es sich um

Zuweisungen vom Bund	11,322 Mio. €	(2009:	11,361 Mio. €)
Zuweisungen vom Land	136,095 Mio. €	(2009:	131,229 Mio. €)
Zuweisungen von Gemeinden	4,471 Mio. €	(2009:	4,473 Mio. €)
Zuweisungen vom sonst. öffentl. Bereich	0,127 Mio. €	(2009:	0,100 Mio. €)
Zuwendungen von sonst. öffentl. Sonderrechnungen	0,030 Mio. €	(2009:	0,000 Mio. €)
Zuschüssen von Privaten	0,123 Mio. €	(2009:	0,062 Mio. €)
Zuschüsse von übrigen Bereichen	0,146 Mio. €	(2009:	0,040 Mio. €)

Zudem wurde ein sonstiger Sonderposten für die Ausgleichsabgabe in Höhe von 203,1 Mio. € (2009: 200,5 Mio. €) ausgewiesen.

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW sind die Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften als Rückstellung anzusetzen.

Für die Rückstellung ist im Teilwertverfahren der Barwert zu ermitteln. Es ergibt sich zum 31.12.2010 ein Rückstellungswert für die aktiv beschäftigten Beamten sowie für die Versorgungsempfänger des LVR in Höhe von 387,7 Mio. € (2009: 386,2 Mio. €).

Für die Ermittlung des Barwertes wurde die Rheinische Versorgungskasse in Köln beauftragt. Diese hat für die Berechnung der Rückstellung die Software der Heubeck AG zu Grunde gelegt.

Im Rahmen der Ermittlung des Wertes der Pensionsrückstellungen wurde auch der Barwert für die Beihilferückstellung der aktiv beschäftigten Beamten sowie der Versorgungsempfänger des LVR auf der Grundlage versicherungsmathematischer Grundsätze der Heubeck AG unter Beachtung des § 36 Abs. 1 GemHVO NRW ermittelt. Es ergibt sich zum 31.12.2010 ein Wert der Beihilferückstellung in Höhe von 105,9 Mio. € (2009: 101,9 Mio. €).

Die Werte sind durch Testat der Heubeck AG belegt.

Die zum 31.12.2009 ausgewiesene Rückstellung für die Kostendämpfungspauschale in Höhe von 1,5 Mio. € wurde zum 31.12.2010 aufgelöst.

Nach dem Runderlass des Finanzministeriums vom 08.11.2010 hat das Bundesverwaltungsgericht in nunmehr ständiger Rechtsprechung Klagen gegen die Kostendämpfungspauschale abgewiesen.

Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist es nicht mehr erforderlich, hinsichtlich der Kostendämpfungspauschale Rückstellungen zu bilden bzw. vorhandene Rückstellungen aufrechtzuerhalten.

Instandhaltungsrückstellungen

Gem. § 36 Abs. 3 GemHVO NRW sind für unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen Rückstellungen anzusetzen, wenn die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss.

Im Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 wird eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in Höhe von 7,7 Mio. € (2009: 8,4 Mio. €) ausgewiesen. Ergänzend wird auf die Auflistung unter - V. Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen - verwiesen.

Sonstige Rückstellungen

Zu den Pflichtrückstellungen gehören gem. § 36 Abs. 4 GemHVO NRW die Verpflichtungen, die dem Grunde oder der Höhe nach zum Abschlussstichtag noch nicht genau bekannt sind, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Dabei muss wahrscheinlich sein, dass eine Verbindlichkeit zukünftig entsteht, die wirtschaftliche Ursache vor dem Abschlussstichtag liegt und die zukünftige Inanspruchnahme voraussichtlich erfolgen wird.

Dieser Tatbestand wird im vorliegenden Entwurf des Jahresabschlusses insbesondere gesehen für:

- Rückstellung für offene Vorgänge Soziales 131,4 Mio. € (2009: 106,5 Mio. €)

Neben Zuführungen zu bestehenden Rückstellungen wurden zum 31.12.2010 auch Rückstellungen für Krankenkassenzusatzbeiträge, Fallzahlsteigerungen bei den schwerstmehrfach behinderten Leistungsberechtigten, die Vorsteuerkürzung bei den Schwerstbehindertenbereichen der rheinischen Werkstätten und für individuelle Leistungen des Betreuten Wohnen gebildet.
- Rückstellung für offene Vorgänge (ausstehende Abrechnungen) in der Produktgruppe Leistungen für vorschulische Bildung 5,2 Mio. €
- nicht in Anspruch genommenen Urlaub 2,2 Mio. € (2009: 3,5 Mio. €)
- geleistete Überstunden 2,0 Mio. € (2009: 1,7 Mio. €)
- Rückstellungen für Altersteilzeit insgesamt mit einem Wert für die Beamten und für die tariflich Beschäftigten in Höhe von 16,7 Mio. € (2009: 11,4 Mio. €).
- Prozessrisiken 7,4 Mio. € (2009: 6,9 Mio. €)
- Rückstellungen für drohende Verluste 251,6 Mio. € (2009: 249,8 Mio. €) davon:
 - Drohverlustrückstellung WestLB 221,2 Mio. € (2009: 221,2 Mio. €)
 - Rückstellung für Garantieübernahme bei der EAA 8,5 Mio. € (2009: 8,5 Mio. €)
 - Drohverlustrückstellung für lfd. Verfahren 21,2 Mio. € (2009: 20,1 Mio. €)
 - Drohverlustrückstellung für Maßregelvollzug 0,7 Mio. € (2009: 0 Mio. €)
- Erstattungsverpflichtungen – Pensionen – 5,7 Mio. € (2009: 5,5 Mio. €)
- Aufwandsrückstellung für die Altenpflege 2,8 Mio. € (2009: 2,9 Mio. €)
- Aufwandsrückstellung für Kostenerstattungen der Jugendförderung 1,6 Mio. € (2009: 0,2 Mio. €)

Verbindlichkeiten

Eine Gesamtübersicht der Verbindlichkeiten einschließlich der Restlaufzeiten ist dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 7) zu entnehmen.

Zum Stichtag 31.12.2010 wurde von allen Kreditorenkonten der Saldo aus offenen Kreditorenrechnungen und Kreditorengutschriften ermittelt. Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert angesetzt. Eventuell erfolgte Teilzahlungen wurden berücksichtigt.

Für die Auswertung der entsprechenden Abstimmkonten konnte erstmalig der Report ZTFI_SAKO_SPIEGEL (Forderungs-/Verbindlichkeitspiegel) genutzt werden.

Durch die Einführung des SAP-Geschäftspartners mit nur einem Abstimmkonto ist die direkte Auswertung über ein Abstimmkonto nicht mehr gegeben.

Vorherige Auswertungen der Nebenbücher waren sehr zeitaufwendig und dadurch kostenintensiv, da für die Auswertung erst alle Kreditorenkonten aufgerufen werden mussten, um dann durch Anpassung der Layouts die jeweiligen Gegenkonten der Rechnungen zu ermitteln.

Besonders problematisch waren hier Teilzahlungen, da diese nur durch den Rechnungsbezug einer Rechnung zugeordnet waren. Dieser Rechnungsbezug ging durch notwendige Filterungen verloren.

Der neue Report wertet SAP Datenbanken aus (BSIS und BSAS) und summiert die Rechnungen unter Berücksichtigung eventueller Teilzahlungen auf das jeweilige Aufwandskonto der Rechnung.

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Zum 31.12.2010 bestanden Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 498,5 Mio. € (2009: 535,3 Mio. €), die sich auf den öffentlichen Bereich 231,6 Mio. € (2009: 294,2 Mio. €) und den privaten Kreditmarkt 266,9 Mio. € (2009: 241,1 Mio. €) aufteilen.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Im Geschäftsjahr 2010 hat der LVR keine Finanzierungsgeschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten neu abgeschlossen.

Gegen Ende des ersten Quartals wurde der bestehende Performance Index Zinsswap durch eine Einmalzahlung der Bank an den LVR erfolgreich aufgelöst. Insgesamt konnten für den LVR durchweg bis zur Auflösung positive Einzahlungen generiert werden. Zum Auflösungszeitpunkt des Swaps hatte dieser ein Nominalvolumen von 7,701 Mio. Euro.

Gegen Ende des Jahres sind zwei Empfänger-Swaps mit Cap regulär ausgelaufen. Diese wurden nicht verlängert bzw. neu ausgeschrieben.

Die beiden Empfänger-Swaps wiesen zum Ende der Laufzeit ein Nominalkapital von 12,766 Mio. Euro respektive 5,554 Mio. Euro auf.

Somit hat sich das mit Derivaten abgesicherte Darlehensvolumen zum Jahresende zusätzlich durch ordentliche Tilgung in Höhe von ca. 5,481 Mio. € auf ein Nominalkapital von 51,530 Mio. € gesenkt.

Im LVR werden nur zinsbezogene derivative Finanzinstrumente eingesetzt.

Diese gliedern sich nach Art und Umfang:

Übersicht derivativer Finanzinstrumente zum 31.12.2010

<u>Art</u>	<u>Umfang (Nominalwert)</u>	<u>Beschreibung</u>
Swap	16.983.016,96	Zahler Swap mit Kündigungsrecht
Swap	16.666.666,60	Zinsdifferenzswap
Swap	17.880.494,90	Zahler Swap
Summe	51.530.178,46	

Die Risiken aus den bestehenden Swapgeschäften sind klar definiert. Alle bestehenden derivativen Finanzinstrumente sind klar mit einem Maximalzinssatz versehen und weisen somit auch ein maximales Zahlungsflussrisiko auf.

Währungsbezogene, aktien(-index)bezogene und sonstige Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Zum Stichtag 31.12.2010 wurden keine Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung ausgewiesen.

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Aus der zwischen der Rheinischen Versorgungskasse und dem Landschaftsverband Rheinland im Jahre 1995 geschlossenen Vereinbarung zur Regelung der Rechtsverhältnisse am Bürogebäude „Hermann-Pünder-Straße“ ist die zum 31.12.2010 bestehende Restschuld in Höhe von 24.664.513,09 € zu passivieren.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Hierbei handelt es sich überwiegend um Aufwendungen, die in 2010 entstanden sind, das bedeutet, Lieferung/Leistung sind erfolgt, jedoch sind die Rechnungen erst 2011 gezahlt worden.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Hierbei handelt es sich insbesondere um die Monatsläufe November (117,1 Mio. €) und Dezember 2010 (125,5 Mio. €) der Pflegekostenabrechnung im Bereich Soziales und Kriegsofopferfürsorge in Höhe von insgesamt 242,6 Mio. € (2009: 120,5 Mio. € / nur Monatslauf Dezember 2009), die Anfang bzw. Ende Januar 2011 ausgezahlt wurden.

Darüber hinaus werden unter dieser Position die sonstigen Vermögensgegenstände der Ausgleichsabgabe in Höhe von 68,5 Mio. € (2009: 74 Mio. €) ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten unter anderem:

- Verrechnungskonten Sondervermögen 122,2 Mio. € (2009: 97,8 Mio. €)
- ungeklärte Zahlungseingänge 0,1 Mio. € (2009: 0,6 Mio. €).

Passive Rechnungsabgrenzung

Unter diesem Bilanzposten werden größtenteils im Voraus erhaltene Renten in Höhe von 4,2 Mio. € (2009: 4,5 Mio. €) ausgewiesen. Deren Einzahlung erfolgte im Jahr 2010, der Ertrag ist jedoch dem Haushaltsjahr 2011 zuzuordnen.

Die Notwendigkeit darüber hinaus erforderlicher passiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde individuell durch die Finanzbuchhaltung (stellvertretend für alle Fachbereiche) aufgrund in der Buchhaltung mitgegebener Parameter beurteilt. Im Zuge dieser Beurteilung wurde sowohl über den jeweiligen Sachverhalt als auch über die Wesentlichkeit (und damit Erfordernis der Buchung) befunden. Die Wesentlichkeitsgrenze wurde (bis auf weiteres) auf mindestens 1 % des Jahresumsatzes (des jeweils betroffenen Fachbereiches) festgeschrieben.

IV. Sonstige Angaben**A. Leasing- und leasingähnliche Verträge**

Zum Bilanzbilanzstichtag bestehen folgende Leasing- und leasingähnliche Verträge (vgl. § 44 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO NRW):

1. Leasing-/Mietverträge der Zentralverwaltung

Vertragsgegenstand	Vertragslaufzeit
Digitale Kopier-/Multifunktionsgeräte unterschiedlicher Leistungsklassen - gesamte ZV -	60 Monate 01.02.2006 - 31.01.2011
schwarz-weiß Drucksysteme - Druckerei FB 11 -	72 Monate 01.02.2005 - 31.01.2011
1 digitaler Farbdrucker 700 DCP - Druckerei FB 11 -	36 Monate 01.08.2009 - 31.07.2012
1 digitaler Farbdrucker X700 - Druckerei FB 11 -	30 Monate 01.02.2010 - 31.07.2012
92 Defibrillatoren - NKF Bereich -	60 Monate Auslieferung 12/2010 bis 2/2011
Jahres-Leasing-/Mietkosten netto für die ZV 2010	<u>240.442,22 €</u>

2. KFZ- Leasing-/Mietverträge der Zentralverwaltung

Vertragsgegenstand	Vertragslaufzeit	Vertragsnutzer
Leasing Audi	1 Jahr	Fuhrpark ZV
Leasing Renault Laguna + Trafic	2 Jahre	Fuhrpark ZV
Leasing BMW	1 Jahr	Fuhrpark ZV
Leasing Fiat Punto + Panda	2 Jahre	Fuhrpark ZV
Leasing DC Smart	2 Jahre	Fuhrpark ZV
Leasing Golf und Caddy	Golf - 1 Jahr Caddy - 2 Jahre	Fuhrpark ZV

**Jahres-Leasing-/Mietkosten
netto für die ZV 2010
115.890,36 €**

B. Leasing- und leasingähnliche Verträge**1. Wartungsverträge LVR (Allgemeines Grundvermögen)**

Wartungsverträge LVR, Allgemeines Grundvermögen
 gegliedert nach Art der Wartung
 voraussichtliches Volumen 2011

Art der Wartung	Betrag inkl. 19% MwSt
Wartung Aufzüge	87.673 €
Wartung Brandmeldeanlagen	212.666 €
Wartung Brandschutzklappen	8.902 €
Wartung CO-Warnanlagen	3.906 €
Wartung Druckerhöhungsanlagen	1.240 €
Wartung Druckluftanlagen	634 €
Wartung Elektroanlagen	32.384 €
Wartung EMA	59.273 €
Wartung Ersatzstrom	10.337 €
Wartung Fettabscheider	230 €
Wartung Feuerlöschanlagen	6.072 €
Wartung Feuerschutztüren	50 €
Wartung Hebeanlagen	8.488 €
Wartung Hebebühnen	420 €
Wartung Heizung	166.367 €
Wartung Hubböden	11.267 €
Wartung Kälteanlagen	44.823 €
Wartung kraftbetriebener Trennwände	4.206 €
Wartung kraftbetriebener Türen/Tore	94.196 €
Wartung Küchengeräte	628 €
Wartung Lüftungsanlagen	80.703 €
Wartung RWA-Anlagen	21.927 €
Wartung Sicherheitsbeleuchtung	12.182 €
Wartung Spielplätze	6.105 €
Wartung Sportgeräte	14.160 €
Wartung Wandhydranten	4.709 €
Wartung Wasseraufbereitung	29.561 €
Wartung GLT	37.667 €
SUMME Wartungsverträge	960.776 €

Die bereits im Vorjahr bestehende Erbbauzinsverpflichtung wurde aufgestockt und besteht nunmehr in Höhe von rd. 317.000,00 €/Jahr gegenüber der Josefsgesellschaft gGmbH, Custodisstr. 19-21, 50679 Köln.

Die Josefsgesellschaft gGmbH tritt dabei als Erbbaurechtsgeber für die LVR-FS Aachen auf.

2. Übersicht über die Wartungsverträge Fachbereich 11 Stand 31.12.2010

Vertragsgegenstand	Vertragslaufzeit
Full-Service-Wartungsvertrag für Frankiersysteme 2	ab 17.09.2004 zunächst 24 Monate Verlängerung = 1 Jahr ohne Kündigung
Frankiermaschine IJ 65	ab 01.01.2004 auf unbestimmte Zeit
Kuvertiermaschine SI 76 mit 4 Stationen	ab 01.01.2007 zunächst ein Jahr Verlängerung = 1 Jahr ohne Kündigung
Kuvertiermaschine SI 76 mit 6 Stationen und Tower	ab 01.11.2006 zunächst ein Jahr Verlängerung = 1 Jahr ohne Kündigung
Kaffeeautomat Bistro Kantine	ab 20.12.2004 zunächst ein Jahr Verlängerung = 1 Jahr ohne Kündigung
2 Lektriever (Rollregalanlage)	ab 01.12.1997 zunächst ein Jahr Verlängerung = 1 Jahr ohne Kündigung
GPS Photo Mapper	1 Jahr 18.11.2010 - 17.11.2011
2x Hardware-Wartungsvereinbarung Zeiterfassungssystem	ab 01.06.2003 auf unbestimmte Zeit
Softwarewartungsvertrag Zeiterfassungssystem	ab 01.06.2003 auf unbestimmte Zeit
digitaler Farbdrucker 700 DCP	36 Monate 01.08.2009 - 31.07.2012
digitaler Farbdrucker X700	30 Monate 01.02.2010 - 31.07.2012
Jahres-Wartungskosten netto für die ZV 2010	<u>55.520,42 €</u>

C. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten

Art	Stand am Ende des Vorjahres 2009 T €	Veränderungen in 2010		Bestand am Ende des Jahres 2010 T €
		Zugang T €	Abgang T €	
Sicherung von Krediten (§ 86 (5) GO)	0	0	0	0
Sicherheiten zugunsten Dritter (§ 87 (1) GO)	0	0	0	0
Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen (§ 87 (2) GO)				
- Diakoniewerk Essen (ehem. Ev. Heimstättenwerk) ¹⁾	97	0	97	0
- Land NRW (Vogelsang ip gGmbH) ²⁾	0	430	0	430
Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen wirtschaftlich gleichkommen (87 (3) GO)	0	0	0	0

1) Ausfallbürgschaft über ursprünglich 1.184 T€ laut LA-Beschluss 10/211 vom 03.05.96

2) Bürgschaftsübernahme im Rahmen des Förderprojektes "Kino Vogelsang" der
Vogelsang ip gGmbH

V. Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen**A. Zusammensetzung der Instandhaltungsrückstellung**

Bezeichnung	NKF Bewirtschaftungs- objekt	Rückstellung insgesamt
H-Projekte	PG 014	
DV-Verkabelung der LVR-Schulen, der LVR-Klinikschulen u. Berufskolleg-Fachschulen des Sozialwesens, 2. Stufe	H.014.71502	158.776,46 €
San. der Elektro-Unterverteilungen Hörgeschädigte Aachen	H.014.71289	185.270,65 €
Sanierung Heizzentrale, Förderschule KME in Aachen	H.014.71431	121.535,44 €
1000 Schulen Programm Überarb. Lüftung/Schalldämmung SV-Raum für die FS HuK+Sehen Aachen	H.014.71481	72.078,45 €
Ern. der Lüftungsanlagen inkl. MSR und Aufschaltung auf LVR GLT, FS HuK Aachen	H.014.71547	30.000,00 €
Lüftungsarbeiten für die Sehbehinderte Duisburg	H.014.72019	182.500,00 €
Sanierung Heizung in der Schule für Blinde Düren	H.014.72016	169.833,84 €
Sanierung Verwaltungsgebäude FS Sehen Düren	H.014.71454	27.158,01 €
Bodenbelagsarbeiten, FS Sehen Duisburg	H.014.71535	32.494,06 €
Umbau des Sanitär- und Pflegebereiches, Förderschule KME in Düsseldorf	H.014.71360	157.355,12 €
Erweiterung der Brandmeldeanlage, Förderschule KME Düsseldorf	H.014.71410	99.038,79 €
Sanierung Elektrounterverteilung, FS HK Düsseldorf	H.014.71433	112.000,00 €
Sanierung Elektrounterverteilung, FS KME Düsseldorf	H.014.71434	80.000,00 €
Ern. des Aufzuges für die FSkumE Düsseldorf	H.014.72041	199.400,00 €
Sanierung der Elektrounterverteilung Berufskolleg Essen	H.014.71438	148.250,86 €
Sanierung (Decke, Fassade, Lüftung) Berufskolleg Essen Planungskosten	H.014.71458	381.299,03 €
Sanierung der Internatsgebäude - Förderschule Hören u. Kommunikation Euskirchen	H.014.71377	539.854,53 €
Untersuch. und San. des Abwassersystems KB Pulheim	H.014.71295	202.351,17 €
Flachdachsanieierung der Turnhalle, Förderschule KME in Rösrath	H.014.71378	31.558,98 €
Sanierung der Pflegebereiche für die FSKME Wuppertal	H.014.71478	370.461,33 €
Ern. Hubboden für FSKME Wuppertal	H.014.71562	198.300,00 €
Sanierung der Elektroversorgung im FLM Kommern	H.014.81356	111.239,06 €
ZMB, Sofortmaßn. Düsseldorf Umbau PK	H.014.81553	176.308,70 €
Umsetzung Brandschutzkonzept, FLM Kommern	H.014.81465	154.892,95 €
Anstrich Aussenfassaden von diversen Gebäuden im FLM Kommern	H.014.82042	40.000,00 €
Fenstersanieierung Peter-Behrens-Bau, RIM Oberhausen	H.014.81283	385.899,34 €
San. der Gefahrenmeldeanlage RIM Oberhausen	H.014.81311	277.398,74 €
Sanierung der Heizungssteuerung, RIM Oberhausen	H.014.81402	393.285,94 €
Brandschutzsanierung RIM Oberhausen	H.014.81501	100.000,00 €

Prüfung und Sanierung Abwassernetz in der Abtei Brauweiler	H.014.81190	154.205,50 €
Umsetzung Brandschutzkonzept, Abteil Brauweiler	H.014.81466	77.081,70 €
Diverse Pflasterarbeiten im Gelände der Abtei Brauweiler	H.014.82045	72.000,00 €
Austausch von Fenstern bzw. Teilen der Fassade, LVR-LM Bonn	H.014.XXXXX	830.000,00 €
		6.271.828,65 €
Gemischte I-Projekte		
Beseitigung von Brandschutzmängeln ZV, LVR-Haus	I.014.11281	105.300,00 €
Einbau Kälteanlage Horionhaus Erweiterung/Kühlung Rechenzentrum LVR-Haus Bt.1 (Instandhaltung)	I.014.11282.1	27.839,11 €
Dachsanierungen inkl. PV-Anlage an der FS KME Aachen KP II	I.014.71291.1	81.424,75 €
Sanierung Flachdächer (mit PVA) , LVR FS HUK Düsseldorf (Primar-, Sekundarstufe I und Berufskolleg)	I.014.71539	62.281,74 €
Umgestaltung Innenhof/Flächenentsiegelung Förderschule Sehen Duisburg	I.014.72011	4.893,73 €
Dachsanierung mit PV-Anlage (geneigtes Dach) FS Sehen Duisburg	I.014.71492	433.431,88 €
Dachsanierung mit extensiven Gründach als FL Sanierung für das Berufskolleg Essen	I.014.71493	196.000,00 €
Dachsanierung mit PV Anlage für die FS HuK Köln	I.014.71494	258.848,60 €
Herrichtung des "Herrenhauses" RIM Ratingen	I.014.81068	57.978,02 €
Sanierung ELT und BMA, RIM Ratingen	I.014.81411	30.313,22 €
Ersteinrichtung für Ersatzneubau/Erweiterung der Förderschule Sprache Stolberg	B.014.71303	13.270,53 €
ZMB, Sofortmaßn. Düsseldorf Umbau PK	B.014.81553	984,46 €
Rückstellung Summe 2010 gesamt		7.544.394,69 €

Instandhaltungsrückstellung APX	93.350,00 €
Instandhaltungsrückstellung FLM Lindlar	15.000,00 €
Instandhaltungsrückstellung Zentrale Dienste	13.525,00 €

Summe Rückstellung für unterlassene Instandhaltung 7.666.270,00 €